

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

53. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 2 · 22. Februar 2022

Corona-Pandemie

Länder und Bund haben sich auf Lockerungen der Corona-Maßnahmen verständigt. Über die Beschlüsse unterrichtete die Landesregierung den Landtag. Die Pandemie war auch Thema einer Sondersitzung. S. 3

Lehramt

Der Vorschlag der Schulministerin für eine Abschaffung des Numerus clausus für Lehramtsstudiengänge hat den Landtag beschäftigt. Die Abgeordneten debattierten in einer Aktuellen Stunde. S. 7

Serie: Landtagswahl

Was ist neu bei der Landtagswahl? Was bedeutet die Corona-Pandemie für die Organisation? Im zweiten Teil der Landtag-Intern-Serie beantwortet der Landeswahlleiter diese und weitere Fragen. S. 8-9

Heine, Brecht und Co.

In ihren Plenarreden zitieren Abgeordnete oftmals bekannte Dichter und Denker. Landtag Intern gibt einen Einblick in die Zitate der zu Ende gehenden Legislaturperiode. S. 14-15



Angsträume
Vorschläge für mehr Sicherheit

Dunkle Ecken

Sachverständige beraten Forderungen nach mehr Sicherheit

3. Februar 2022 – Verwahrlost, verschmutzt, düster, unheimlich – solche Orte rücken SPD und Grüne mit jeweils eigenen Anträgen ins Zentrum der Aufmerksamkeit. In und an Bahnhöfen, aber auch im sonstigen Ortsgebiet gebe es Angsträume, an denen sich Menschen nicht wohlfühlten. Was ist zu tun? In einer Anhörung des Innenausschusses haben externe Fachleute aus der Wissenschaft, vonseiten der Polizei und aus dem Bahn-Umfeld Vorschläge der Fraktionen beleuchtet.

Während große Bahnhöfe oftmals Hotspots der Kriminalität seien, fielen kleinere Haltepunkte häufig durch Schmutz, Müll und dunkle Zugänge auf, problematisiert die SPD-Fraktion in ihrem Antrag „Angsträume beseitigen, Sicherheit erhöhen – die Verkehrswende braucht attraktive Bahnhöfe und Haltepunkte!“ (17/15462). Deshalb sollten u. a. an großen Bahnhöfen Waffenverbote herrschen und Sicherheitsakteure besser kooperieren. Mittlere und kleine Bahnhöfe sollten wieder eine Bahnhofsaufsicht – möglicherweise aus dem sozialen Arbeitsmarkt – erhalten, die für einen guten Zustand sorgen und Ansprechperson vor Ort sein könnte.

Die Grünen verweisen in ihrem Antrag „Initiative zur Stärkung der Sicherheit in öffentlichen Räumen im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention“ (17/15631) auf Niedersachsen. Das dortige Landeskriminalamt (LKA) habe ein Kompetenzzentrum für Urbane Sicherheit gegründet, das u. a. die Kommunen in der Städtebauplanung beratend unterstütze. Öffentliche Plätze seien für alle da, somit müssten sich dort Menschen aller Geschlechter, aller Nationalitäten, jeden Alters und mit wie ohne Behinderung sicher fühlen können.

Dr. Anke Schröder vom LKA Niedersachsen erläuterte in ihrer Stellungnahme für den Ausschuss, ein interdisziplinäres Team berücksichtige technisch-bauliche wie auch sozialräumliche Aspekte bei der Neubauplanung und bei bestehenden Gebäuden. Die Deutsche Polizeigewerkschaft NRW bezeichnete es in ihrer Stellungnahme als zielführend, auch in NRW ein solches Kompetenzzentrum einzurichten.

Ein und derselbe Ansatz für alle Bahnhöfe mache wegen unterschiedlicher Ausgangslagen

wenig Sinn, erklärte Prof. Dr. Bernhard Frevel von der Hochschule für Polizei und Verwaltung. Generell sei es für die Kriminalprävention aber wichtig, interdisziplinär und Ebenen übergreifend zusammenzuarbeiten, von der kommunalen Sozialarbeit über die zivilgesellschaftliche Wohlfahrtspflege und die Privatwirtschaft bis hin zur Polizeistreife.

Waffenverbotszonen

Zu den Einzelmaßnahmen gab es unterschiedliche Stimmen. Während die geladenen Polizeigewerkschaften Waffenverbotszonen begrüßten, erklärte Dr. Tim Lukas von der Bergischen Universität Wuppertal, sie könnten keine sozialen Ursachen beheben und seien daher nur als Ultima Ratio einzusetzen. Sichtbare Videokameras erhöhten das subjektive Sicherheitsgefühl kaum, eher suggerierten sie die offensichtliche Gefahr des Ortes, so Lukas weiter. Ob Videoüberwachung potenzielle Täterinnen und Täter abschrecke, sei aus wissenschaftlicher Sicht unklar. „Wenn die Bilder von Videokameras nicht permanent beobachtet werden“, fügte Michael Mertens von der Gewerkschaft der Polizei NRW hinzu, „und man vor allen Dingen nicht auch Personal hat, das sofort zur Gefahrenabwehr aktiv werden kann, verpufft der Effekt des Videokameraeinsatzes aus polizeilicher Sicht im Grunde genommen.“

Dunkle Ecken könnten zwar ausgeleuchtet und Wege einsehbar gestaltet werden, erklärte der Soziologe Lukas. Die Beleuchtung erhöhe auch das persönliche Sicherheitsempfinden. Jedoch bedeute dies schlicht eine Verlagerung des Brennpunkts auf andere Orte. ►

Deshalb sei eine solche Maßnahme nur ein Puzzleteil in einem Gesamtkonzept, das die jeweils örtlich unterschiedlichen Problemlagen berücksichtigen müsse.

Die vorgeschlagenen Bahnhofsaufsichten müssten qualifiziert und reflektiert sein, um als soziale Kontrollinstanz zu funktionieren, gab der Soziologe zu bedenken. Regelmäßige Streifen trügen auch an kleinen Haltepunkten am Abend dem Sicherheitsbedürfnis von Frauen und älteren Menschen Rechnung. Personalpräsenz hielten alle Sachverständigen für wichtig.

Auch die Deutsche Bahn erklärte, von ihr befragte Reisende hielten dies für das Wichtigste, um sich sicherer zu fühlen, gefolgt von besserer Beleuchtung und Videoanlagen. Positive Erfahrungen mit einer Bahnhofsaufsicht als „Servicehelfer“ und Ansprechperson habe man in einem Pilotprojekt in Wanne-Eickel gemacht, wo Langzeitarbeitslose diese Position übernehmen.

Angsträume

„Der Fahrgast muss sich in seiner gesamten Wegekette wohlfühlen“, betonte Lothar Ebbers vom Fahrgastverband Pro Bahn. Als eine der Ursachen für entstehende „Angsträume“ benannte er in rechten Winkeln gebaute und damit nicht einsehbare Unterführungen zu Bahnsteigen.

Zu Wort kam auch das Kompetenzzentrum Sicherheit des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr. In der entsprechenden Stellungnahme wurden Waffenverbote und Videoüberwachung begrüßt – jedenfalls bei genügend Personal.

Kontrollgänge, Videobeobachtung und Prävention allgemein seien personalintensiv, das klang in Stellungnahmen wiederholt an. Zum Thema Personalmangel als ein durchgängiges Problem stellte Manuel Ostermann von der Gewerkschaft der Polizei in Aussicht: „Durch gemeinsame Streifen von Bundespolizei, Polizei NRW und Ordnungsbehörden entstehen auch möglicherweise beim Personalverteilungsschlüssel neue Kapazitäten.“ Eine bessere Zusammenarbeit der für die Sicherheit relevanten Akteure hielten alle Sachverständigen für sinnvoll. Diese Idee sei allerdings nicht neu, merkte Prof. Dr. Daniel Zerbin, Kriminalitätswissenschaftler von der Northern Business School an. Die Idee möglicher Waffenverbotszonen bewertete er als ambivalent: Auch potenzielle Opfer könnten sich dann schlechter verteidigen.

SOW

Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Ein Kompetenzzentrum für urbane Sicherheit ...



Dr. Christos Katzidis
(CDU)



... bedeutet zusätzliche Bürokratie ohne nachgewiesenen Mehrwert. Anwendungsorientierte Forschung zur Sicherheit im öffentlichen Raum kann und sollte von allen Bundesländern im Rahmen eines gemeinsamen Projektes an der Deutschen Hochschule der Polizei gemacht werden. Darüber hinaus könnte eine „regionale“ Forschung für NRW an der Hochschule für Polizei des Landes NRW sinnvoll sein.



Hartmut Ganzke
(SPD)



... sollte man ernsthaft prüfen.



Marc Lürbke
(FDP)



... kann Ansätze liefern, um die Sicherheit zu erhöhen. Gefragt sind vor allem kurzfristige Lösungen: Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften sollten überall im Land ausgebaut werden. Alle Akteure von Kommunen, Land, Bund und der Deutschen Bahn müssen gleichermaßen konsequent ihre Hausaufgaben machen, um Angsträumen rund um Bus und Bahn konsequent den Riegel vorzuschieben.



Verena Schäffer
(Grüne)



... kann die kommunale Kriminalprävention stärken, landesweit das Wissen über Kriminalität und Kriminalprävention bündeln sowie Vernetzungs- und Koordinierungsarbeit übernehmen. Daneben bietet es sich an, dass dort wissenschaftliche Evaluationen und Untersuchungen durchgeführt werden, wie z. B. einen periodischen Sicherheitsbericht zu erstellen.



Markus Wagner
(AfD)



... ist zu begrüßen. Handlungsbedarf besteht hier insbesondere bei der Erstellung von konkreten Lagebildern für die Täter-Opfer-Relationen. Leider sind beispielsweise die Quoten von nichtdeutschen Tatverdächtigen bei Gewalt-, Drogen- und Eigentumsdelikten überproportional hoch. Aufenthaltsbeeidende Maßnahmen müssen hier, wo immer rechtlich möglich, durchgesetzt werden.



„Vorschläge für mehr Sicherheit“

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Videoüberwachung ...

... ist ein wichtiges Instrument zur Verbesserung des Sicherheitsempfindens der Bürgerinnen und Bürger. Gerade an neuralgischen öffentlichen Plätzen und Flächen, an zentralen Omnibusbahnhöfen und Bahnhöfen sollte eine Videobeobachtung Standard sein. Dabei sollte insbesondere auch künstliche Intelligenz genutzt werden. Hier gibt es noch Handlungsbedarf. Wir werden uns weiterhin dafür starkmachen.

... kann einen Beitrag leisten, die Sicherheit im Umfeld von Bahnhöfen zu verbessern. Straftäter könnten noch vor Ort gestellt bzw. im Nachhinein durch die Videoauswertung einer Verfolgung zugeführt werden. Wichtig für eine Abschreckungswirkung ist, dass Kameras gut sichtbar angebracht werden. Zudem müssen die Kamerabilder permanent beobachtet werden, damit Sicherheitskräfte sofort eingreifen können.

... ersetzt keine Einsatzkräfte vor Ort – im Gegenteil: Ohne ausreichend Personal, das in Gefahrensituationen auch sofort einschreiten und helfen kann, bergen Kameras zum Teil sogar gefährliche Scheinsicherheit. Ein echtes Sicherheitsplus stellt sich nur dann ein, wenn die Kameralinsen wie echte Augenpaare auch eine echte, reale Reaktion in Person von Sicherheitskräften zur Folge haben.

... als polizeiliche Videobeobachtung zur Gefahrenabwehr ist wirksam, wenn die Polizei sofort eingreifen kann. Kameras allein haben aber kaum abschreckende Wirkung auf Täterinnen und Täter und erhöhen auch nicht das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Wenn Videobeobachtung Kriminalität nur an andere Orte verdrängt, ist sie problematisch, denn sie greift immer in die Grundrechte unbeteiligter Bürgerinnen und Bürger ein.

... trägt an relevanten Orten dazu bei, das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen zu erhöhen, und hat auch eine abschreckende Wirkung auf potentielle Straftäter. Darüber hinaus erleichtert sie die Strafverfolgung und Überführung von Tätern. Videoüberwachung allein verhindert keine Straftaten oder Attentate, aber sie ist wichtiger Bestandteil eines Maßnahmenbündels, das zu mehr Sicherheit führt.

Waffenverbotszonen ...

... können genauso wie Alkoholverbotzonen eine adäquate Ergänzung zu weiteren Maßnahmen sein, um in bestimmten stark frequentierten Bereichen, wie zum Beispiel Bahnhöfen, Einkaufszentren, Fußgängerzonen, Jahrmärkten etc., das Sicherheitsempfinden zu verbessern. Für die Durchsetzung muss in der Folge allerdings auch das notwendige Personal eingesetzt werden, damit es etwas bringt.

... haben nicht nur eine wichtige Symbolwirkung, sondern geben der Polizei vor Ort auch bessere Möglichkeiten, um niedrigschwelliger als bisher zu kontrollieren, präventiv einzuschreiten und Verstöße zu sanktionieren. Somit kann gegen potentielle Gewalttäter mit Waffen besser vorgegangen werden. Grundsätzlich muss kein Mensch am Bahnhof mit Waffen herumlaufen, diese haben dort nichts verloren!

... lösen alleine noch kein Problem. Für wirksame Kontrollen braucht es vor allem ausreichend Personal bei Polizei und Ordnungskräften, eine schnelle Justiz und drittens auch wieder mehr gesellschaftlichen Rückhalt für die gefährliche Arbeit der Polizei. Diese Punkte müssen zusammenkommen, dann kann eine Waffenverbotszone in bestimmten Bereichen auch ein effektives Mittel zur Eindämmung von Gewalt sein.

... sind kein Allheilmittel. Sie können Straftaten mit Waffen verringern, das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger vor Ort aber nicht erhöhen. Das zeigt eine Studie aus Leipzig. Waffenverbotszonen sollten nur eingebunden in ein Gesamtkonzept erfolgen, dazu gehören die Kooperation mit anderen Akteuren im Stadtteil und die Stärkung der Polizeiarbeit vor Ort.

... bieten der Polizei eine höhere Einschreitungskompetenz und sind – vor allem symbolpolitisch – ein Instrument, um Gewaltkriminalität zu reduzieren. Allerdings trifft diese Maßnahme potentielle Täter und gesetzestreuere Bürger gleichermaßen. Der unbescholtene Passant, der ein Taschenmesser „am Mann hat“, wird mit einem Gewalttäter gleichgesetzt, obwohl von ihm keine Gefahr ausgeht.

Eine Bahnhofsaufsicht ...

... kann das Sicherheitsempfinden an Bahnhöfen nicht so steigern wie eine durchgehende Polizeipräsenz. Zielführender wäre eine Intensivierung der Ordnungspartnerschaften zwischen Bundes- und Landespolizei sowie Ordnungsämtern und Bahnpersonal. Gemeinsame Dienststellen bzw. gemeinsame Streifen sollten Standard an jedem Bahnhof sein, dann wäre eine Wiederbelebung der Bahnaufsicht entbehrlich.

... benötigen wir, um den Zustand der Verwahrlosung zu bekämpfen, der insbesondere an zu vielen kleinen und mittleren Bahnhöfen besteht. Eine erfolgreiche Verkehrswende gibt es nur mit Bahnhöfen, an denen sich die Menschen wohl und sicher fühlen.

... kann ein Baustein in der Sicherheitsarchitektur sein, keinesfalls ist sie das Fundament. Zur Steigerung der Sicherheit hilft neben durchdachten baulichen Maßnahmen am Ende tatsächlich nur mehr Präsenz von sichtbarem, ansprechbarem und vor allem qualifiziertem Sicherheitspersonal in der Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen.

... eignet sich als erfolgreiche Präventionsmaßnahme, wenn sie entsprechend qualifiziert ist und vor Ort vorausschauend und professionell auftritt. Abhängig von der Lage kleinerer Bahnhöfe können dort anstelle einer Bahnhofsaufsicht andere Nutzungskonzepte wie Gastronomie, Vereine, soziale Angebote usw. ebenso für ein besseres Sicherheitsempfinden und mehr Sicherheit allgemein sorgen.

... sollte unbedingt an allen Bahnhöfen NRW eingerichtet werden. Denn sie trägt maßgeblich dazu bei, dass der Sicherheitsfaktor spürbar steigt – mehr Personal führt zu mehr Sicherheit. Genau deswegen setzen wir uns daher auch für einen insgesamt stärkeren Personalaufwuchs bei der Polizei ein. Dieses Mehr an Polizei muss dann zwischen Bund und Land allerdings noch deutlich besser verzahnt werden.